



Markus Gäfgen hat Schmerzensgeld zugesprochen bekommen und damit eine Debatte ausgelöst.

DPA/BORIS ROESSLER

# Gäfgens Geld bleibt in der Staatskasse

Mörder hat noch Schulden bei Justiz / CDU fordert mehr Opferschutz, SPD, Grüne und Linke verteidigen Urteil

Von Christian Bommarius

## DER FALL

**B**ERLIN. Das Entschädigungs-Urteil zugunsten des verurteilten Kindermörders Magnus Gäfgen ist zwiespältig aufgenommen worden. Zwar bescheinigten Politiker und Medien dem Landgericht Frankfurt, korrekt geurteilt zu haben. Doch wurden zugleich Forderungen laut, den Opferschutz zu verbessern und künftig zu verhindern, dass Entschädigungszahlungen verurteilten Mördern zugutekommen sollen.

Das Landgericht hatte Gäfgen am Donnerstag 3000 Euro plus Zinsen Entschädigung zugesprochen, weil ihm 2002 in einem Polizeiverhör Folter angedroht worden war. Die Beamten hatten – vergeblich – gehofft, auf diese Weise von Gäfgen das Versteck des von ihm entführten elfjährigen Frankfurter Bankierssohns

Der damalige stellvertretende Frankfurter Polizeipräsident Wolfgang Daschner hatte Magnus Gäfgen in einem Verhör am 1. Oktober 2002 in Absprache mit dem Innenministerium schwere Schmerzen angedroht, wenn er den Aufenthaltsort des entführten elfjährigen Bankierssohns Jakob von Metzler nicht verrät.

Magnus Gäfgen gab seinen Widerstand daraufhin auf – er erklärte, dass das Kind bereits tot sei, und führte die Beamten zu der Leiche.

Wegen der Entführung und Ermordung des Jungen wurde Magnus Gäfgen 2003 zu lebenslänglich verurteilt. Daschner und ein mitangeklagter Kriminalhauptkommissar wurden 2004 wegen Aussageperjury schuldig gesprochen. Sie mussten eine Geldstrafe zahlen.

Jakob von Metzler zu erfahren. Zwei Ermittlungsbeamte waren später wegen der Folterandrohung strafrechtlich verurteilt worden. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte die Folterandrohung gerügt.

Siegfried Kauder (CDU), Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages, räumte zwar ein, dass „auch ein wegen Mordes Verurteilter ein Rechtssubjekt“ sei und damit Rechtsansprüche habe. Allerdings solle das sogenannte Opferanspruchssicherungs-gesetz so geändert werden, dass Schadenersatzansprüche von Tätern auf Opfer oder Angehörige übergehen könnten.

Das Gesetz regelt, dass Täter, die sich ihre „Geschichte“ von Medien oder Verlagen abkaufen lassen, die Honorare an die Opfer abgeben müssen, um deren eigene Schadenersatzansprüche zu si-

chern. Eine Erweiterung könne dazu führen, dass dies auch mit Entschädigungszahlungen und Schmerzensgeld passiere, das Täter vor Gericht erfolgreich ein-klagten, sagte Kauder der Rhein-Neckar-Zeitung.

Ausdrücklich stellten sich Politiker von Grünen und Linkspartei hinter die Entscheidung des Frankfurter Landgerichts. „In einem Rechtsstaat dürfen von der Polizei keine unlauteren, unsauberen Mittel angewendet werden“, sagte Grünen-Rechtsexp-erte Jerzy Montag der Neuen Osnabrücker Zeitung. Der rechtspoliti-sche Sprecher der Linken-Bun-destagsfraktion, Wolfgang Nesko-vic, bezeichnete die Entschädi-gung Gäfgens als „Preis für unse-ren Rechtsstaat“. Auch einem Mörder dürfe keine Folter ange-droht werden. Daher sei das Urteil unvermeidlich gewesen.

Auch der innenpolitische Spre-cher der SPD-Bundestagsfrakti-on, Dieter Wiefelspütz, verteidig-te das Urteil. „Wenn das Gericht die Androhung der Folter als er-wiesenen ansieht, ist das Urteil in Ordnung. Falls die Androhung von Folter in Deutschland zulässig wäre, hätten wir keinen Rechts-staat“, sagte Wiefelspütz dem Ber-liner Tagesspiegel. Die Andro-hung von Folter sei „keine Bagat-elle“. Gäfgen habe schwerste Schuld auf sich geladen und sei zu Recht zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden, doch auch er habe unveräußerliche Rechte.

Nach Angaben der Frankfurter Staatsanwaltschaft bleibt die ge-samte Entschädigungssumme in der Staatskasse. Gäfgen habe aus dem Mordprozess noch 71 000 Euro Schulden bei der Justizkas-se, die müssten erst beglichen werden, hieß es gestern.

# Spitzelopfer klagen

Studenten wehren sich gegen Ermittlereinsatz

Von Felix Helbig

**F**RANKFURT. Die Affäre um verdeckte Ermittler des baden-württembergischen Landes-kriminalamts (LKA) in Studentenkreisen geht in die nächste Runde. Nach der Enttarnung des Ermittlers mit dem Decknamen „Simon Brenner“ vor einem halben Jahr klagen die betroffenen Studenten nun gegen das Land. Durch den Einsatz sei es zu „Eingriffen in die verschiedensten Kernbereiche privater Lebensgestaltung einer großen Anzahl von Personen“ gekommen, die nicht hingenommen werden könnten, heißt es zur Begründung der Sammelklage von sechs Studenten beim Verwaltungsgericht Heidelberg.

Der 24-jährige Polizist „Simon Brenner“ hatte sich mehr als ein Jahr lang als Student ausgegeben und die linke Heidelberg Szene infiltriert. Kurz vor Weihnachten war er aufgefliegen, als eine Ur-laubsliebschaft ihn zufällig auf ei-ner Party wiedererkannte. Ihr hat-te er sich am Mittelmeer-Strand als Polizist vorgestellt.

Der damalige baden-württem-bergsche Innenminister Heribert Rech (CDU) hatte den Einsatz nach wochenlangem Schweigen

im Januar mit dem Fund mehrerer Flaschen mit brennbaren Flüssigkeiten in einem Keller im Kraichgau im Jahr 2009 begründet, der den Einsatz in Heidelberg zur „Gefahrenabwehr beziehungsweise zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung“ erforderlich gemacht habe. In der Klage heißt es nun, diese Begründung sei vorgeschoben und „weder zeitlich noch inhaltlich tragbar“. Sie würde laut Polizeigesetz des Landes „selbst dann nicht greifen, wenn die durchsuchten Räumlichkeiten in irgendeiner Verbindung mit den betroffenen Heidelberger Personen stünden“.

Die Studenten vermuten stattdessen eine „antidemokratische Absprache“ der CDU-regierten Länder zum bundesweiten Einsatz von Spitzeln bei politisch aktiven linken Studenten. Tatsäch-lich hatten sich einzelne Länder bei der Innenministerkonferenz im Juni in Frankfurt für eine stärkere Überwachung linker Studen-tenkreise ausgesprochen.

Zu den CDU-regierten Ländern gehört Baden-Württemberg in-zwischen nicht mehr. Zwei weite-re LKA-Spitzel sollen dennoch weiter in Heidelberg aktiv sein.

## 66 Jahre Hiroshima/Nagasaki: Atomwaffen aus Deutschland abziehen und weltweit ächten

Eine Zukunft ohne Atomwaffen schafft neue Perspektiven für die Menschheit. Vor 66 Jahren wurden die beiden japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch Atombomben zerstört. Aus dieser Mahnung heraus treten wir für eine atomwaffenfreie Welt ein.

- Ächtung und Verbot von Atomwaffen (durch eine Nuklearwaffenkonvention) müssen zentrale Bausteine einer zukünftigen globalen Sicherheitsarchitektur werden. Das was im Konsens der Staaten für biologische und chemische Waffen sowie Landminen erreicht wurde, soll endlich auch für Atomwaffen gelten.
- Mindestens 20 einsatzbereite US-Atomwaffen sind immer noch in Büchel in der Eifel gelagert. Wir fordern von der Bundesregierung, den Abzug dieser letzten in Deutschland verbliebenen Atomwaffen endlich durchzusetzen, so wie es vom Bundestag im März 2010 einhellig gefordert wurde. Eine Modernisierung der auch in Büchel gelagerten B-61-Bombe muss von Deutschland entschieden abgelehnt werden.
- Die gemeinsame Sicherheit Europas mit Russland ist nur durch Vertrauensbildung und Transparenz zu schaffen, nicht durch die Beibehaltung von Instrumenten zur atomaren Kriegsführung.
- Der Verzicht auf den Erstsatz von Atomwaffen in der NATO-Doktrin würde sich positiv auf den Vorbereitungsprozess zur Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag im Jahr 2015 und den Einstieg in Verhandlungen zu einer Nuklearwaffenkonvention auswirken. Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung auch innerhalb der NATO-Gremien dahingehend nachkommen.
- Die Bundesregierung soll sich auf der Vorbereitungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (NIV) 2012 in Wien für den sofortigen Beginn von Verhandlungen für eine Nuklearwaffenkonvention einsetzen und dies schon auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 2011 unterstützen.

### Spenden Sie:

Bankverbindung: PAX AN, Postbank Stuttgart, Konto-Nr. 361349705, BLZ 60010070  
Verwendungszweck: Aufruf Hiroshimatag 2011

Angesichts der Ereignisse in Fukushima und vor dem Hintergrund des Ausstiegs Deutschlands aus der Atomenergie erwarten wir von der Bundesregierung, auch eine internationale Debatte über die zivile Nutzung der Atomenergie mit zu befördern und die Diskussionen um den weltweiten Ausstieg auf die internationale Tagesordnung zu setzen.

Eine Initiative des 7. Pacemakers-Radmarathons (6.8.2011), einem der außergewöhnlichsten Radmarathons Deutschlands als Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen, mit Unterstützung der Kampagne „unsere zukünftige atomwaffenfrei“ und der Bürgermeisterbewegung „Mayors for Peace“.



### Erstunterzeichner:

Roland Blach (DFG-VK Ba-Wü), Nina Eisenhardt (BANG Koordinatorin Europa), Christina Einrich (Bezirksbürgermeisterin Berlin-Lichtenberg), Uwe Fröhlich (Vorsitzender des Hiroshima-Platz Potsdam), Peter Grohmann (Die Ändler), Regina Hagen (Verantwortw. Redakteurin „Wissenschaft und Frieden“), Xanthe Hall (Abrüstungsreferentin IPPNW), Irmgard Hellberger (Int. Frauengl. für Frieden und Freiheit), Dieter Herchen (Bürgermeister der Stadt Elsterwerda), Martin Hinrichs (BANG Europa, Koordinator), Christine Hoffmann (deutsche Sektion Pax christi), Hans-Michael Holzer (ehemaliger Manager des Profidirektors-talls Team Gerolsteiner), Wolfgang Kohlstruck (Friedensinitiative Westpfalz), Chris Kühn (Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Ba-Wü), Marlon Kupper (Koordinatorin GAA), Hans-Peter Laubenthal (Deutscher Friedensrat), Agnieszka Malczak (MdB), Dr. Frank Menting (MdB, Ba-Wü), Prof. Dr. Norman Paech, Klaus Pfisterer (DFG-VK Ba-Wü), Thomas Porecki (MdB, Ba-Wü), Ernst Rattinger (DFG-VK Mittelbaden), Paul Russmann (ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben), Monty Schädel (DFG-VK), Alexander Salomon (MdB, Ba-Wü), Wolfgang Schlupp-Hauck (Friedenswerkstatt, Mutlangen), Andreas Schwarz (MdB, stv. Vorsitzender der GRUENEN im Landtag Ba-Wü), Sonnhild und Ulli Thiel (DFG-VK Karlsruhe), Jan van Alken (MdB), Jürgen Walter (MdB, Ba-Wü), Stephan Weil (Oberbürgermeister von Hannover und Vize-Präsident von Mayors for Peace), Werner Winter (Friedensbüro Heilbronn)

Unterzeichnen auch Sie online diesen Aufruf unter [www.pace-makers.de](http://www.pace-makers.de) – Dort finden Sie die Namen aller nahezu 300 Unterstützer.